



Antrag

der Fraktion der CDU

Die Landesregierung muss dem Gesetz zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten im Bundesrat zustimmen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Gesetz zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten im Bundesrat zuzustimmen.

Begründung

Der Deutsche Bundestag hat am 13.05.2016 das Gesetz zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten mit 424 von 572 Stimmen beschlossen.

Die Quote der positiv beschiedenen Anträge auf Asyl von Angehörigen dieser Staaten war in den letzten Jahren extrem gering. Im Jahr 2015 betrug die Anerkennungsquote für die Demokratische Volksrepublik Algerien 0,98 %, für das Königreich Marokko 2,29 % und die Tunesische Republik 0,00 %. Hieraus folgt, dass die ganz überwiegende Zahl der Antragsteller aus den genannten Staaten aus nicht asylrelevanten Motiven nach Deutschland einreisen.

Die Landesregierung hat den Bund und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in der Vergangenheit immer wieder dazu aufgefordert, die Dauer der Asylverfahren zu verkürzen. Gleichzeitig hat sie sich aber Maßnahmen, die zu einer Verkürzung beitragen sollen, selbst verweigert, etwa der Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten. Diese Verweigerungshaltung der Landesregierung hat Schleswig-Holstein zu einem unzuverlässigen Partner in Fragen der Flüchtlings- und Asylpolitik gemacht.

Die Landesregierung muss ihren Teil der Gesamtverantwortung wahrnehmen und dem genannten Gesetz im Bundesrat zustimmen. Dieses stellt eine sinnvolle Entlastung der Behörden dar, ohne das Recht derjenigen, die einen tatsächlichen Anspruch auf Schutz in unserem Land haben, zu beschränken. Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen ist die Einstufung der genannten Staaten als sichere Herkunftsstaaten dringend geboten.

Astrid Damerow
und Fraktion